Abonnementspreis
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,20 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 286. Bielefeld, Montag, 7. Dezember 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

141. Sitzung vom 5. Dezember 1896, 1 Uhr.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Am Bundesratstisch: Kommissare, von Böttticher.

Petitionen auf Grund der Berichte der Petitionskommission.

Petitionen betreffend die Ergänzung des Nahrungsmittelgesetzes, die Entschädigung von Flurschäden, die Ausübung der Heilkunde durch nichtapprobierte Aerzte werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition betreffend die Konvertierung der Reichsschulden beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Rickert (freis. Vg.) findet diesen Beschluß der Kommission veraltet, nachdem Preußen und Baiern mit der Konvertierung bereits vorgegangen seien. Er beantrage, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt, dem Bundesrat werde schon in allernächster Zeit eine Vorlage, betreffend die Konvertierung der 4prozentigen Reichsanleihe in 3½prozentige, zugehen. Die Vorlage wird ganz analog der preußischen ausfallen.

Der Antrag Rickert wird hierauf einstimmig angenommen.

Eine Petition, betreffend die Abänderung der Versicherungsgesetze, beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Stephan (Zent.) befürwortet diesen Antrag. Die Wünsche der Petenten gehen auf baldige Revision der Versicherungsgesetze, auf Herabsetzung der Altersrente, auf längere Zahlung des Krankengeldes, Milderung der Bestimmungen über die Erwerbsfähigkeit, Abkürzung des Renten-Festsetzungs-Verfahrens.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Eine Petition, betr. die Abänderung der Berner Uebereinkunft über die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Litteratur und Kunst wird dem Reichskanzler als Material überwiesen; desgleichen eine Petition, betr. Erlaß eines strafrechtlichen Verbots der Vivisektion.

Eine Petition, betr. den Schutz deutscher chemischer Erfindungen in der Schweiz und den Niederlanden wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition, betr. Erlaß eines Verbots des Massentransports lebender Wachteln durch Deutschland wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Ueber die Petitionen um den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe wird debattelos durch Erheben von den Plätzen abgestimmt. Für den ersten Antrag, diese Petitionen durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt zu erklären, stimmt die gesamte Linke (Sozd., Freisinn) und einige Nationalliberalen.

Präs.: Das ist die Mehrheit . . . Ich habe mich versprochen . . . ich meinte die Herren, die sitzen geblieben sind, sind die Mehrheit. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Petitionen werden nunmehr dem Reichskanzler als Material überwiesen

Eine Reihe von Petitionen, betr. Abänderung der Militärpensionsgesetze beantragt die Petitionskommission, teils durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen, teils dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Gleichzeitig beantragt die Kommission folgende Resolution; „Den Reichskanzler zu ersuchen, eine nach den einzelnen Bundesstaaten geordnete statistische Zusammenstellung zu veranlassen, aus der ersichtlich ist: a) die Zahl der Kriegsteilnehmer, die sich als gänzlich erwerbsunfähig und unterstützungsbedürftig zu der durch Gesetz vom 22. Mai 1895 beschlossenen Beihilfe gemeldet haben; b) die Zahl derjenigen Kriegsteilnehmer die von der Behörde als gänzlich erwerbsunfähig und unterstützungsbedürftig anerkannt worden sind; c) die Zahl derjenigen Kriegsteilnehmer, welche die Beihilfe erhalten haben, und diese Zusammenstellung baldmöglichst zur Kenntnis des Reichstags zu bringen."

Generalmajor Viebahn sagt möglichste Erfüllung aller Wünsche, soweit die Fonds reichen, zu. Die Militärverwaltung setze eine Ehrenpflicht darein, für die invaliden Angehörigen der Armee und ihre Hinterbliebenen möglichst ausgiebig zu sorgen.

Nach einer Befürwortung des Kommissionsantrages durch den Referenten Grafen Oriola (natl) erklärt

Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky, daß für den Reichsinvalidenfonds so wenig wie für andere Wohlthätigkeitsfonds eine Ausnahme von der bevorstehenden Konvertierung gemacht werden könne, der Fonds werde allen berechtigten Ansprüchen genügen.

Generalmajor Viebahn sagt eine verbesserte Redaktion der bestehenden Pensionsgesetze zu.

Abg. Stadthagen (Sozd.): Die Not vieler armen Leute deren Hilferufe an uns herantreten, zeigt, wie notwendig es gewesen wäre, unsere Anträge über die Militärpensionen anzunehmen. Redner schließt mit dem dringenden Appell, den berechtigten Wünschen der Militärinvaliden gesetzlich und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel weniger kühl gegenüberzutreten als bisher.

Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky erklärt, die Regierungen hätten ihre Verpflichtungen gegen die Invaliden voll erfüllt. Ein Urteil über einzelne vorgetragene Fälle sei nicht möglich, ohne das ganze Material genau zu kennen,

Abg. Rickert (freis. Vgg.) und Graf Oriola (natl.) wünschen nochmals anderweiten Ersatz des Schadens, der dem Invalidenfonds durch die Konversion erwächst.

Der Kommissionsantrag wird in allen seinen Teilen angenommen.

Eine Petition betr. Bewilligung einer Entschädigung für das während des Krieges von 1870/71 auf dem Transporte in Frankreich gefallene bezw. getötete Vieh wird trotz des Widerspruchs der Militärverwaltung dem Reichskanzler gemäß dem Antrage der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso zur Erwägung eine Petition betr. Bewilligung einer Entschädigung für Verluste beim Ankauf von Holz während des Krieges.

Ueber die Kommissionsverhandlungen über eine Petition betr, staatliche Beaufsichtigung von Neubauten berichtet

Abg. Tutzauer (Sozd.), die Kommission sei hinsichtlich der Kompetenz des Reiches zum Erlaß eines solchen Gesetzes gespalten gewesen, daher werde Ueberweisung zur Kenntnisnahme beantragt.

Abg. Bebel (Sozd.): Im Laufe von 7 Jahren sind im Baugewerbe über 5000 Personen getötet, eine noch viel größere Anzahl verletzt worden. Das ist eine größere Verlustliste als die mancher großen Schlacht. Ich beantrage daher Ueberweisung der Petition als Material. Im Kanton Zürich wird die Aufsicht nur durch Delegierte der Arbeitnehmer ausgeübt. Die Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt, diesen Weg sollten wir betreten.

Abgg. Rickert (freis. Vgg.), Spahn (Ztr.), Baßmann (natl.) erklären sich für den Antrag Bebel, der mit großer Mehrheit angenommen wird.

Eine Petition betr. Anerkennung der Stauer und Schauerleute als gewerbliche Arbeiter im Sinne des Titel VII der Gewerbeordnung wird in Abwesenheit des Berichterstatters von der Tagesordnung abgesetzt, ebenso ein Antrag betr. Einführung eines Wollzolls trotz Widerspruchs des Abg. Rickert (freis. Vgg.) und Fischbeck (freis. Vp.), wohin es führen solle, wenn wohlvorbereitete und von der Kommission erledigte Petitionen nur deshalb zurückbleiben müßten, weil die Berichterstatter vorzögen, auszubleiben.

Zu einer Petition betr. Erlaß eines Gesetzes über das Auswanderungswesen und anderweite Regelung des Verlustes und Erwerbes der Reichs- und Staatsangehörigkeit bemerkt

Abg. Bassermann (natl.), daß der gegenwärtige Zustand, wonach bei 10jähriger Abwesenheit im Auslande, ohne Eintragung in die Konsulatsmatrikeln, die Reichsangehörigkeit verloren gehe, unhaltbar und des deutschen Reiches nicht würdig sei. (Bravo!)

Abg. Bebel (Sozd.) stimmt dem bei und teilt einen Fall mit, wo ein Berliner, der keine andere Staatsangehörigkeit erworben habe, durch die bestehenden Bestimmungen heimatlos geworden sei.

Geh. Rat Dr. Richter bittet um nähere Angaben über diesen Fall. Die Wiederaufnahme in den Reichsverband, wenn keine andere Staatsangehörigkeit erworben sei, könne gesetzlich nicht versagt werden.

Abg. Dr. v. Marquardsen (natl.): Keine andere Nation entläßt ihre Angehörigen so leicht aus ihrem Verbande, wie

---

Der Creole.

61

„Eben führ' ich Sie ja auf den wahren Weg, zum Seelenfrieden. Schlagen Sie doch nur die blauen Augen auf. Sehen Sie dort hinten die malerische, weiße Villa zwischen den Pappeln auf der Höhe? Dort wohnt der süße Friede der Seele. Es ist die Villa der Marchesa Viogauni.

Fortunatus blickte empor und wandte sich schnell um. Es schien ihn Zittern zu befallen. „Kehren wir zur Stadt zurück!" sagte er mit einem Ton des Unwillens, ließ den Arm des Engländers fahren und ging zurück. Sein Begleiter schloß sich ihm wieder an und sagte: „Ich erstaune, Sir Linthi. Sie also wollen im Ernst nicht, selbst wenn die Gräfin wollte? Sie sind geliebt, Eufemia sagte es mir; Sie selber sagten es mir. Sie kennen die Heftigkeit nicht, mit welcher italienische Herzen schlagen. God dam! Ich bin Ihnen noch Genugthuung schuldig von Corfu her, und habe Ihnen mein Leben zweimal zu bezahlen. Hier wäre Gelegenheit zu allem. Lassen Sie mich machen, Sir Fortunatus. Ich allein setze das Wagestück für Sie durch".

— Und geläng' es, so hätten Sie den vergeblichsten aller tollen Streiche gewagt. Ich bin fest entschlossen, jedem hoffenden Gedanken an Beatricen zu entsagen, und Verhältnisse zu ehren, in welchen die Welt und ihre Ordnung allein bestehen kann. Und wäre die Gräfin groß genug, über die Schranken des kirchlichen Unterschiedes hinweg zu sehen, die den Protestanten von der Katholikin trennen, so wäre ich zu stolz, gleich anderen Glücksjägern, armen Rittern und Abenteurern, die Gunst eines Mädchens zu mißbrauchen und mir auf Rechnung der Liebe, Geld zu machen. Daraus wird nichts, lieber Freund. In meiner Armut wohnt eine Ehre, in meinem Seelenleiden eine Hoheit, welche ich weder um Tonnen Goldes, noch um die Hand des schönsten Weibes verkaufe.

„Bravo!" rief der Brite und ging eine Weile schweigend neben Linthi her, wie über den unerwarteten Riß betroffen, welcher ihm durch seine romantischen Entwürfe gezogen worden war. „God dam!" rief er endlich: „es mag leichter sein, große Dinge zu vollbringen, als gute! Aber, unter uns gesagt, bei dem allem ist etwas Eis in Ihrer Liebe, wie mich dünkt. Sie haben also die reizende Beatrice nicht mit eigentlicher Leidenschaft geliebt?"

— Ich? nicht geliebt? nicht mit Leidenschaft? — rief Fortunatus und blieb stehen, und hob die Augen stumm gen Himmel und eine Thräne quoll in ihnen empor. Er trocknete sie schnell und sagte: O lieber Freund, brechen wir davon ab! Ich könnte noch einmal in die Krankheit zurückfallen, von der ich kaum genesen. Ich bin zu reizbar; ich empfinde es. Das ist zurückgebliebene Schwäche von den Fiebern. Eben, weil ich Beatricen abgöttisch liebe, und ihre Achtung allein noch der Trost und Stolz meines armen, halb vernichteten Lebens ist: muß ich die Raserei der Leidenschaft bekämpfen. Ich will nichts, als das Bewußtsein retten, ihres Andenkens wert zu stehen. Aber noch traue ich dem Siege nicht, und fürchte mich vor mir selber. Darum mag ich jene Villa nicht sehen; darum muß ich aus Messina fliehen. Hindern Sie mich nicht, ein männlicher Mann zu bleiben.

„Fortunatus!" rief Sir Down und fiel ihm um den Hals: „Nenne mich du! nenne mich Bruder, du große Seele, und erhöhe mich zu dir mit deiner Freundschaft. Wir schließen den ewigen Bruderbund in unsern Thränen, wie andere im Weinrausch".

Der Schweizer drückte den jungen Briten schweigend und herzlich an seine Brust.

„Lache mich nicht aus, daß ich weinen muß!" fuhr der Brite fort: „denn du weißt nicht, wie du mein Inneres umgekehrt hast, so sehr ich mich auch sträubte. Du bist mir ein Weltversöhner geworden. Ich trug im Grunde des Herzens Verachtung gegen unser ganzes Geschlecht, welches nur Tugend, wie eine häßliche Schauspielerin Schminke, braucht. Ich kannte noch keinen Licht-, keinen Himmelsmenschen, nur bloße Erdenmenschen und Gottesaffen. Ich war gewiß gut, und ward bizarr, weil ich mit den Wölfen heulen wollte. Du warst aber Mann und warst es immerdar. Ich glaubte lange deinen Wert nicht, weil er mir selber fehlte; und hielt dein Wesen für gelungene Maske, weil ich selber nur, gleich allen, Maskentracht anlegte. Ich beklage dich nun gar nicht mehr, Fortunatus. Es geht mir eine Ahnung auf, daß es eine Höhe, eine Seligkeit geben müsse, die um den Preis des gebrochenen Herzens nicht zu teuer ist. Aber ich beklage Beatricen! Ihr Herz muß brechen, ohne Seligkeit. Wäre sie die Tochter eines elenden Lazzaroni!"

— Wäre sie es! Wäre mir der verlassene Crechino geblieben! Für ihn hätt' ich mich durch die Welt gebettelt. Wohlan, Georg, ich bin dein Bruder. Erfülle die erste Bruderbitte!

„Bitte nichts, Fortunatus. Mein Haben, Können und Sein ist das deinige".

— Gelobe mir nur, so lange ich in Messina, so lange ich auf sizilianischem Boden stehe, nie ihren Namen zu nennen, mich auch durch keine Anspielung, keinen Wink mehr an sie zu erinnern, und den General zu bewegen, mich mit einer Anstellung, welche es sein möge, fortzuschicken, wohin es auch sei.

„Und du gelobst mir, Fortunatus, dagegen von nun an, alle Tage, die du noch in Messina verlebst, mein Tischgenosse und Gesellschafter zu werden. Eine Bitte ist der andern wert."

Jeder versprach dem Andern das Verlangte, und in der That erfüllten beide redlich ihr Wort. Am Schwersten freilich mochte dem Briten das Schweigen werden.

39.

Reichtum und Armut.

Sie blieben den Tag bis spät abends beisammen. Am Morgen darauf, als sich der Schweizer kaum halb angekleidet hatte, pochte es schon wieder an seiner Tür. Er eilte, dem Freunde aufzuschließen. Statt desselben aber sah er den Kriegszahlmeister eintreten.

„Für eine gute Botschaft, Sir Linthi, mach' ich mich gern selber auf die Beine!" sagte der gefällige Mann und lachte dabei von Herzen, wie närrisch: „Wir Andern ziehen mit langer Nase ab und Ihnen reicht die Glücksgöttin das Mäulchen".

— Wie so, Sir? erwiderte Herr Linthi: Bringen Sie mir vom General Fox das Patent?

„Nicht so, Sir, Ihr Taufname lautet sonderbar genug Fortunatus? Gut denn, ein Patent von Ihrer lieben Schwester Fortuna. Zeigen Sie mir doch das Papier, worin ich Ihnen beim Frühstück gestern Hoffnungen gewickelt, zum Confekt gab". (F. f.)

die deutsche. Die Anregungen Bassermanns und Bebels sind sehr beherzigenswert.

Abg. Bebel (Sozd.) giebt nähere Angaben über den von ihm mitgeteilten Fall.

Darauf geht die Petition an den Reichskanzler als Material.

Ueber eine Petition, die Kinderarbeit in der Strickwarenbranche zu verbieten und die Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie in dieser Branche auszudehnen verlangt, referiert Abgeordneter Vogtherr. Er beantragt namens der Petitionskommission, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Strombeck (Ztr.) will den Antrag der Kommission größeren Nachdruck verleihen und beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Vogtherr (Sozd.) referiert über eine Petition des Berliner Frauenvereins gez. Helene Lange betreffend die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, als ob die Mehrheit der Kommission dem Verlangen der Petition gegnerisch gesinnt gewesen sei.

Abg. Rickert (freis. Vg.) beantragt, die Petition für erledigt zu erklären. Der Reichstag habe mit der Sache nichts zu thun, sei also leider in dieser Frage inkompetent. Im Uebrigen wünsche er dringend, daß nun endlich die Gleichberechtigung der Frauen nach der vorliegenden Richtung hin ausgesprochen werden möge. In letzter Zeit hätten mehrere junge Mädchen das Abiturientenexamen glänzend bestanden. Das Studium sei ihnen aber immer noch nicht gewährt. Trotzdem Herr Bosse das Herz voll Sympathieen für die Frauen habe, komme die Frage nicht vorwärts.

Abg. Dr. Langerhaus (freis. Vg.) erklärt, daß er kein Gegner der Petition sei, sondern nur durch die Erklärung des Ministers von Bötticher, daß eine reichsgesetzliche Regelung der Materie nicht möglich sei, zu dem Votum gezwungen werde, die Petition für erledigt zu erklären.

Der Antrag Rickert wird hierauf angenommen.

Die übrigen Petitionen entbehren des allgemeinen Interesses.

Darauf vertagt sich das Haus bis Mittwoch 1 Uhr. (Tagesordnung: dritte Beratung des Vertrages mit Nikaragua, erste Beratung der Postdampfersubvention.)

Schluß 6 Uhr.

Der Prozeß Leckert-Lützow.

Dritter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Rösler eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Oberstaatsanwalt Drescher: Mit Rücksicht auf den gestrigen, Aufsehen erregenden Zwischenfall habe ich bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I den Antrag gestellt, gegen v. Lützow die Untersuchung wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu eröffnen und ihn in dieser neuen Sache in Haft zu nehmen.

Es folgen zunächst Zeugenaussagen ohne sonderlichen Belang, so auch die des Zeugen René, welcher aber nichts auszusagen hat und sicherlich nicht der gesuchte Hintermann ist.

Es soll nun der Korrespondent v. Huhn vernommen werden.

Hierzu erbittet sich Freiherr von Marschall das Wort: Es handelt sich hier um einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 28. April d. J. über das Schicksal der Militär-Strafprozeß-Ordnung. Der Artikel hat gewaltiges Aufsehen hervorgerufen, weil er große Bekanntschaft mit diskreten Dingen enthielt und anknüpfend an die Pensionierung des Generals von Spitz Angriffe gegen den General von Hahnke richtete. Im Ministerium des Innern waren nach meiner Kenntnis Erhebungen über den Verfasser des Artikels angestellt worden und es wurde als angeblicher Verfasser der Korrespondent v. Huhn ermittelt und als solcher auch an höchster Stelle gemeldet. Da Herr v. Huhn zu den Journalisten gehört, die im Auswärtigen Amte verkehren, so befragte ich ihn vor einiger Zeit darüber und Herr v. Huhn behauptete, daß er diesem Artikel vollständig fern stehe und bereit sei, dies jederzeit zu beeidigen. Ich forschte dann bei dem Ministerium des Innern nach, woher die falsche Beschuldigung des Herrn v. Huhn stamme und erhielt die Antwort: „Durch Herrn v. Tausch!“ Auf die weitere Frage, woher Herr v. Tausch dies habe, wurde der Bescheid: von einem sehr wertvollen Vertrauensmann, den man aber nicht nennen dürfe.

Es ist doch wohl von Interesse, zu konstatieren, daß die Vertrauensmänner der politischen Polizei dieser nachweisbar nun schon in drei Fällen falsche Nachrichten übermittelt haben. Erstens bei der „Welt am Montag“, zweitens im Falle der „Münch. neuesten Nachrichten“, wo das Literarische Bureau des Ministeriums des Innern verdächtigt wurde; hier, wo das Ministerium des Innern verdächtigt wurde; hier, wo das Ministerium des Innern dupiert wurde durch Denunziation des Herrn von Huhn, der mit dem Auswärtigen Amt in Beziehung stehen soll. Mir ist es ganz gleichgiltig, welche Vertrauensmänner die politische Polizei verwendet, wenn aber diese Vertrauensmänner wagen, mich oder Beamte meines Ressorts zu verleumden, so muß ich mich dagegen wehren. Ich bitte den hohen Gerichtshof um Verzeihung, daß ich soweit auf diese Dinge eingehe, das Treiben gegen das Auswärtige Amt geht aber schon seit Jahren fort und der Gerichtshof wird mir nachfühlen, daß ich jetzt dankbar diese Gelegenheit benutze, um in voller Oeffentlichkeit die Dinge klarzulegen.

Vorsitzender Landgerichts Direktor Rösler: Herr v. Tausch, von wem hatten Sie die Nachricht über Herrn v. Huhn? — v. Tausch: Von einem ganz zuverlässigen Agenten, von dem ich bis dato noch nicht ein Mal eine falsche Nachricht erhalten habe. — Präs.: Wollen Sie diesen Mann nennen? — v. Tausch: Nein. — Präs.: Dürfen Sie ihn nicht nennen? — v. Tausch: Nein. — Präs.: Ich nehme an, daß Sie sich dabei auf den § 53 stützen wollen? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Herr Kommissar, ich weise Sie dann darauf hin, daß § 53 Ihrer vorgesetzten Dienstbehörde nur in den Fällen das Recht giebt, Ihnen die Erlaubnis zur Aussage zu versagen, wenn Interessen des Reichs oder der Bundesstaaten gefährdet erscheinen. Und nun fordere ich Sie auf, sofort zu Ihrem Vorgesetzten Herrn v. Windheim sich zu begeben und ihm zu sagen, daß der Gerichtshof es für notwendig erachtet, den Namen Ihres Gewährsmannes zu erfahren. — Zeuge v. Tausch entfernt sich aus dem Saale.

Zeuge v. Huhn, Korrespondent der „Köln. Ztg.“, erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er den in Frage stehenden Artikel der „Köln. Ztg.“ nicht verfaßt und in keiner Weise inspiriert habe. Er stehe außer jeder Beziehung zu dem Artikel und kenne ihn nur als Leser.

Nach Vernehmung eines Zeugen tritt dann eine Pause von einer halben Stunde ein, welche aber um eine weitere Stunde verlängert wird.

Erst um 3 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich möchte gern Aufschluß geben über die Notwendigkeit der Pause. Der Verteidiger des Herrn v. Lützow hatte mir mitgeteilt, daß sein Klient jetzt bereit sei, die volle Wahrheit zu sagen und vollständige Auskunft über Verhältnisse zu geben, die bisher noch nicht zur Sprache gekommen seien. Sein Klient müsse aber in seine Wohnung geführt werden, damit er von dort eine Anzahl von Dokumenten holen könne. Ich habe mich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden veranlaßt gesehen, die Fahrt nach der Wohnung des Herrn v. Lützow zu machen und wir haben von dort eine Anzahl von Schriftstücken mitgebracht. Ob diese für die Verhandlung wesentlich sein werden, habe ich noch zu prüfen und behalte mir Erklärungen darüber vor. Inzwischen hat v. Lützow eine Erklärung abgegeben, die ich vorzutragen bitte.

Rechtsanwalt Lubczynski: Unter dem niederschmetternden Ereignis von gestern Abend und im Andenken an die Ehre seiner Familie hat Herr v. Lützow sich veranlaßt gesehen, mir die ganze Wahrheit einzugestehen. Dies Geständnis ist zu Protokoll gebracht worden und lautet:

Am 27. habe ich (Lützow) die Information von Leckert erhalten (und zwar mit der Spitze gegen Eulenburg und der Quelle Marschall). An demselben Abend habe ich es der „Welt am Montag“ gegeben. In der nächsten Woche bin ich mehrere Male bei Tausch gewesen und habe ihm auf seine Frage gesagt, daß ich die Sache gebracht und von Leckert erhalten hätte.

Der Polizeikommissar von Tausch nahm die Sache riesig (freudig) auf wegen der Quelle Marschall und zwar deswegen, weil, wie ich weiß, Tausch von jeher eine große Animosität gegen Marschall besitzt. Er sagte nur, ich solle diese Sache nochmals haarklein zu Papier bringen, weil er die Absicht habe, diese ganze Sache an den Botschafter Grafen Philipp Eulenburg mitzuteilen, um ihm dadurch wieder einmal zu zeigen, wie Exzellenz von Marschall gegen die Umgebung des Kaisers konspiriere. von Tausch hat mich über diese Sache bis zum äußersten „ausgequetscht“, und ich habe ihm alles so haarklein erzählt bezw. geschrieben, weil ich fest von der Wahrheit der Leckertschen Information überzeugt war. Tausch hat dann auch an den Grafen Philipp Eulenburg, wie er uns sagte, nach Liebenberg geschrieben und ihm mitgeteilt, daß er eine wichtige Sache für ihn habe, Eulenburg hat ihm, wie ich gesehen habe, geantwortet, er komme nächstens nach Berlin und freue sich, ihn dann begrüßen zu können.

Inzwischen animierte mich Tausch sehr, recht den Leckert auszufragen, um genau über die Gewährsmannschaft Bescheid zu wissen und die Fortsetzung am nächsten Montag zu bringen, damit die Sache nicht einschliefe. Inzwischen sollte ich mehrfach berichten, was ich auch gethan habe. Dann wolle er dafür Sorge tragen, daß der Kaiser durch Eulenburg alles erführe, damit wir endlich dann den Marschall beim Wickel hätten. Um Tausch nun gefällig zu sein und weil ich mich vollständig in seinen Händen befand, im übrigen aber an die Wahrheit der Sache auch glaubte, habe ich mich auch um die Unterbringung des zweiten Artikels bemüht.

Am Montag, nachdem der zweite Artikel erschienen war, ließ er mich zu sich holen und erzählte mir, der Teufel wäre los im Auswärtigen Amt und der Polizeipräsident wäre hinbefohlen worden. Es wäre letzterem nichts übrig geblieben, als mich zu nennen. Ich solle nun nochmals ihm einen eingehenden Bericht geben, um damit zu Philipp Eulenburg zu gehen. Er werde mich decken und schützen. Ich solle ganz beruhigt sein. Die ganze nächste Woche ließ er mich rufen und erzählte mir, das Auswärtige Amt sei ganz versessen darauf, die Sache weiter zu verfolgen. Am Sonnabend ließ er mich durch einen Wachtmeister nach dem Polizeipräsidium sistieren und sagte mir, er müsse mich verhaften. Ich solle nicht sagen, daß ich mit ihm in Verbindung gestanden habe. Zwischen uns bliebe es wie bisher. Er war in fürchterlicher Angst. Am Sonntag sagte er mir: Die Sache wird für uns alle sehr schlimm, die Sache mit Kukutsch kommt auch heraus. Bleiben Sie aber nur fest. Am 15. gab er mir 100 M. und von da an sahen wir uns sehr wenig. Bei der zweiten Verhaftung war Tausch wieder in fürchterlicher Angst.

In Sachen Kukutsch habe ich zu erklären:

Als der Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ erschienen war, bestellte mich Tausch zu sich und sagte, daß der Kriegsminister Bronsart ihm (Tausch) gesagt hätte, daß Bronsart den Minister Köller für den Informator des Artikels halte. Er (Tausch) möchte sich bemühen, das heraus zu bekommen und ihm dafür Beweise zu liefern. Hierauf machte mich von Tausch „scharf“ und beauftragte mich, bei den Angestellten des Litterarischen Bureaus das auszuforschen. Ich versuchte nun, innerhalb der nächsten 8—14 Tage den Kukutsch hinten herum für die Sache zu interessieren und sagte das auch Tausch. Fast täglich sagte mir Tausch, der Kriegsminister habe das größte Interesse, und es könne kosten was es wolle, das bei Kukutsch herauszubekommen. Diese Versuche waren vergeblich. Tausch aber hatte sich inzwischen schon engagiert, da er bei Herrn von Bronsart den Namen Kukutsch schon genannt hatte.

Darauf veranlaßte mich Tausch, einen anonymen Brief an das Kriegsministerium zu schreiben folgenden Inhalts:

„Wollen Sie wissen, wer gegen Sie hetzt, so fragen Sie Hammann, Eckart und Kukutsch.“

Diesen Brief hat Herr v. Bronsart erhalten. Ich habe diesen Brief von einem Hausdiener schreiben lassen. Dann erzählte v. Tausch, daß eine Untersuchung gegen „Unbekannt“ eingeleitet sei, in der die 3 (eigentlich 4) Personen als Zeugen vernommen würden. Hierüber geriet v. Tausch in große Angst, weil auf diese Weise sein Vorgesetzter v. Köller von der Sache erführe und er ihm noch nichts gemeldet habe. Um nun seine Auskunft bezüglich des Kukutsch Herrn v. Bronsart gegenüber aufrecht zu erhalten und glaubhaft zu machen, sagte er mir: „Geben Sie mir eine Quittung mit dem Namen Kukutsch“, und da ich bei allen Quittungen, die ich im Laufe der Jahre gegeben, immer irgend einen falschen Namen auf Wunsch des v. Tausch im politischen Interesse gegeben hatte und er mir immer gesagt hatte, es sei ganz gleichgiltig, welcher Name darauf stände, so ließ ich diese Quittung durch einen Dritten mit dem Namen Kukutsch unterzeichnen. Auf die Aehnlichkeit kam es mir gar nicht an, da ich noch niemals die Schrift von Kukutsch gesehen hatte. Ich hatte bei der ganzen Sache nur den Auftrag Tauschs ausgerichtet.

Welche Feindschaft v. Tausch gegen v. Marschall hatte, geht daraus hervor, daß er mich am 29. Oktober bei meiner letzten Verhaftung aufforderte, bei der Verhandlung anzugeben, daß Hönig, welcher v. Tausch schon damals bekannte, der Verfasser des Artikels in der „Kölnischen Zeitung“ „Flügel-Adjutanten-Politik“ zu sein, vom Prinzen A. zu Hohenlohe empfangen werde, wodurch der Verdacht erweckt werden sollte, daß diese Artikel doch aus dem Auswärtigen Amte kämen.

Ich mußte Tauschs Aufträgen schon deshalb nach jeder Hinsicht folgen, da ich in meiner Existenz vollständig von ihm abhängig war. Ich bekam 200 Mk. von ihm monatlich. Er drohte mir fast jeden Monat, mir das Gehalt zu entziehen, wenn ich nicht durch Bringen von Nachrichten sein Interesse mehr berücksichtigte. Ich hatte mich bisher in der Verhandlung gebunden erachtet, von diesen Verhältnissen nicht zu reden, da ich ihm mein Ehrenwort gegeben hatte, das Verhältnis nicht zu berühren. Da ich aber jetzt in der Oeffentlichkeit, insbesondere durch die angebliche Fälschung, so gebrandmarkt bin, so sehe ich mich im Interesse der Gerechtigkeit genötigt, alles aufzudecken.

Auf die Frage des Präsidenten an v. Lützow, ob er sich der Schwere seiner Beschuldigung, die einen bis dahin als ehrenhaft geltenden Mann aus der Reihe der Ehrenmänner streichen würde, voll bewußt sei, erklärt v. Lützow, daß er die volle Wahrheit sage, er habe völlig im Banne des Kriminalkommissars gestanden.

Präs.: Herr Kriminalkommissar, ist das, was der Angeklagte Lützow hier behauptet, wahr?

v. Tausch: Von A bis Z erl—

Oberstaatsanwalt (ihn unterbrechend) bittet, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß ihm das Recht zustehe, das Zeugnis zu verweigern. Der Präsident erklärt ihm das.

v. Tausch: Von A bis Z ist alles erlogen.

Präs.: Seit wann stehen Sie in Beziehungen mit dem Angeklagten? — Zeuge: Seit 1891 oder 92. Er war bei uns Agent. — Präs.: War die Verbindung sehr enge? — v. Tausch: O ja, er kam oft, jede Woche zweimal, es gab auch Zeiten, wo er wochenlang nicht kam. — Präs.: Haben Sie auch schriftlich mit dem Angeklagten verkehrt? — Zeuge: Ich glaube nicht — je . . . . wenn einmal . . . . regelmäßig nicht. — Präs.: Ist einmal die Rede davon gewesen, daß Sie Polizeirat werden sollten? — v. Tausch: Zu meinem Bedauern. — Präs.: Haben Sie jemals dem Angekl. von Lützow die Aufforderung zukommen lassen, Ihre Verdienste in den Zeitungen herauszustreichen? — v. Tausch: Das ist mir nicht in Erinnerung. Bei einem Hochverratsprozeß hat er mir sogar direkt Verlegenheiten durch einen Artikel bereitet. — Vors.: In den Papieren ist ein Schriftstück vorhanden. (Zeigt ihm einen Brief.) Haben Sie das geschrieben? — von Tausch: Das kann ich nicht sagen. So ganz wie meine Schrift sieht es nicht aus.

Der zur Verlesung gebrachte, aus Köln datierte Brief beginnt: „Sie haben doch die Sache nicht in den „Lokal-Anzeiger“ gebracht? Das würde gefährlich sein.“ Dann heißt es: Ein bischen können Sie mich herausstreichen, aber so, daß man es nicht merkt und nicht auf Sie als Quelle kommt. Schreiben Sie, daß Kriminalkommissarius v. Tausch in dem Landesverratsprozeß sich große Verdienste erworben habe 2c. — Präs: Nach dem Inhalte dieses Briefes scheint v. Lützow von Ihnen nicht blos zu polizeilichen Ermittelungen benutzt zu sein, sondern auch, um im Interesse Ihrer Karriere Sie und Ihre Verdienste herauszustreichen. — v. Tausch: Ich habe ihm die Nachrichten über den Landesverrat gegeben, weil er sie gerne journalistisch verwerten wollte.

Rechtsanwalt Lubczynski: Ist der Zeuge v. Marschall denn animos gegen Sie? — v. Tausch: Ja, es ist ja bekannt, daß Herr v. Marschall der politischen Polizei nicht sehr zugethan war, und alle Versuche, ihn davon zu überzeugen, daß er im Irrtum sei, wenn er denke, die Polizei treibe Politik, mißglückten, weil er mich als Vertreter der politischen Polizei nicht empfing.

Staatssekretär von Marschall: Ich weise es zurück, daß ich persönlich animos gegen den Kriminalkommissar gestimmt sei. Allerdings hatte ich Verdacht gegen ihn aus dem Grunde, weil es mir auffiel, daß die geheime Polizei Vertrauensmänner sich auswählt, die geflissentlich Beamte des Auswärtigen Amtes heruntersetzten, verdächtigten und verleumdeten. Ich habe von Tausch allerdings niemals empfangen. Ich habe einen begründeten Verdacht, daß Herr von Tausch bemüht gewesen ist, die Beamten des Auswärtigen Amtes herabzusetzen, und ich muß einräumen, daß ich zu der geheimen Polizei kein Vertrauen habe. Mein Mißtrauen datiert schon aus der Zeit des Herrn Normann-Schumann, den ich wohl, ohne ihm zu nahe zu treten, als einen recht bedenklichen, ja als international-bedenklichen Menschen bezeichnen darf. Bald nach Herrn von Caprivis Amtsantritt erschienen in der „Saale-Ztg.“ sensationelle, geschickte Artikel, die Spitzen gegen ihn und mich und bald darauf gegen Se. Majestät den Kaiser enthielten. Ebenso im New-Yorker „Herald“ und im „Diplomatique“. Wir wandten uns an die politische Polizei um Erhebungen, aber stets ohne Erfolg. Da erhielten wir, wenn ich nicht irre, anfangs 1891 ein Schreiben aus Halle von einem Herrn Fritz Brentano, der sich als Mitredakteur der „Saale-Zeitung“ bezeichnete, worin er anzeigte, daß er dem Auswärtigen Amt den Namen des Verfassers der Skandalartikel mitteilen könne. Diesen Brief übergaben wir der politischen Polizei und baten den Herrn Brentano, nach Berlin zu kommen. Hier verhandelte im Auftrage des Auswärtigen Amtes der Hauptmann Ebmeier mit ihm. Brentano hat gesagt, daß alle diese Skandalartikel von einem Beamten der geheimen Polizei herrührten. Auch davon gaben wir der geheimen Polizei Kenntnis und baten um Ermittelungen. Wenige Tage darauf erhielt das Auswärtige Amt einen Brief von Brentano, in welcher dieser sich bitter darüber

beschwerte, daß man ihn verraten habe. Der Verfasser der Artikel sei in Halle gewesen auf der Redaktion und habe dort denselben Brief vorgelegt, den er, Brentano, an das Auswärtige Amt gerichtet habe. Auch davon wurde der politischen Polizei Kenntnis gegeben. Herr von Mauderode kam zu mir und sagte, das kann sich nur auf Normann-Schumann beziehen. Aber es erfolgte nichts.

Dieser Umstand mußte naturgemäß das Vertrauen zu der geheimen Polizei erschüttern, und das Auswärtige Amt brach von nun ab alle Beziehungen zu der politischen Polizei ab. War schon die weitere Verwendung des Normann-Schumann höchst sonderbar, so war doch die baldige Entlarvung dieses Herrn noch interessanter. Dieser Herr wurde im Auftrage der geheimen Polizei nach Leipzig geschickt, um die Bewegung der antisemitischen Partei zu überwachen. Und was that der Herr von Normann-Schumann? Er schrieb selbst die Skandalartikel, die zur gerichtlichen Verfolgung führten und deren Verfasser er dann beauftragt wurde, zu ermitteln. Natürlich haben seine Ermittelungen keinen Erfolg gehabt.

Nun habe ich in der Person des Herrn von Lützow eine gewisse Aehnlichkeit mit Herrn Normann-Schumann gefunden, und so hat sich bei mir eine Stimmung herausgebildet, die nicht Animosität ist, die man aber auch nicht Vertrauen zu nennen pflegt. Ich halte die ganze Geschichte mit den Vertrauensmännern für eine verfehlte, denn die Leute erhalten, wenn sie damit betraut werden, Verfasser von Artikeln zu ermitteln, eine Aufgabe, die sie nicht lösen können. Ich muß sagen, daß ich nach meiner Kenntnis von den Vertrauensmännern zu der Ueberzeugung komme, daß dieselben Berichte erstatten, die zu neun Zehnteln erlogen sind. So ist doch namentlich auch von den Vertrauensmännern des Herrn v. Tausch, die in den in diesem Prozeß zur Sprache gebrachten Fällen in Thätigkeit getreten sind, erst eine Meldung, die nicht falsch ist. Wenn Herr von Tausch glaubt, Vertrauensmänner haben zu müssen, so ist das seine Sache. Wenn aber die Vertrauensmänner des Herrn von Tausch sich erdreisten, mich, meine Beamten und das Auswärtige Amt zu verleumden, so flüchte ich mich in die Oeffentlichkeit und brandmarke das Treiben. (Bewegung.)

Präs.: Herr v. Tausch, ist denn die Behauptung des Angeklagten Lützow wahr, daß Sie ihm Ihre Freude über das Erscheinen des Artikels ausgedrückt haben? — Zeuge: Nein! — Präs.: Glauben Sie denn, daß v. Lützow sich so etwas rein aus den Fingern gesogen haben kann? — v. Tausch: Ja wohl! (Herr von Marschall wirft dazwischen: „Ah, nun auf einmal!) Zeuge behauptet, daß er nicht seine hohe Befriedigung über den Artikel ausgedrückt, sondern im Gegenteil gesagt habe, wie der Angeklagte solchen Unsinn schreiben könne. Er selbst habe nur den Artikel der „W. a. M." dem Botschafter in Wien, Grafen Philipp Eulenburg zugeschickt, den er in Abbazia kennen gelernt und dem er zu Dank verpflichtet war. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, warum er diesen Artikel an Eulenburg geschickt habe. Ob der Provenienz wegen? — Der Zeuge gerät in große Widersprüche und nun macht der Präsident Herrn v. Tausch darauf aufmerksam, daß er unter dem Eide stehe und dem Zuchthause verfallen sei, wenn er falsches sage.

Der Präsident läßt nun Satz für Satz die Erklärung des v. Lützow durchgehen und hält sie dem Zeugen v. Tausch vor. Dieser giebt zum Teil sehr weitschweifige Erklärungen, in der Regel erklärt er die Behauptungen des Lützow für Unwahrheiten, von „A bis Z erlogen". An den Fragen beteiligen sich auch wiederholt der Verteidiger Rechtsanwalt Lubczynski und der Oberstaatsanwalt Drescher. Letzterer erinnert daran, daß der Zeuge v. Tausch ja wohl eine Haussuchung bei Herrn v. Lützow abgehalten habe, wobei nur wenig herausgekommen sei; damit stehe doch im Widerspruch, daß bei dem heute stattgefundenen Besuch in der Lützow'schen Wohnung noch eine ganze Reihe von Schriftstücken vorgefunden worden seien. Der Verteidiger läßt sich bestätigen, daß die frühere Haussuchung von zwei durch Herrn v. Tausch ernannte Kriminalbeamte vorgenommen worden sei. Zeuge v. Tausch sucht über alle in dem Lützow'schen Geständnisse enthaltenen Punkte Auskunft zu geben, wird aber wiederholt vom Vorsitzenden darauf verwiesen, daß seine Ausführungen nicht die Sache träfen.

Bei einem Punkte greift Freiherr v. Marschall als Zeuge wieder ein. Er erinnere sich, daß er bei seiner Unterredung mit dem General v. Bronsart von diesem erfahren habe, daß der Verdacht, der Artikel der „Münch. N. Nachr." komme aus dem Ministerium des Innern, zuerst von Herrn v. Tausch erhoben worden sei, er erinnere sich aber weiter, daß Herr v. Bronsart bei dieser Gelegenheit auch von einem anonymen Brief gesprochen habe. — Legationsrat Dr. Hammacher bestätigt dies. Als der Kriegsminister die Hilfe des Auswärtigen Amtes in Anspruch nahm, um den Verfasser des Artikels der „Münchener Neuesten Nachrichten" zu ermitteln, habe der Kriegsminister oder der Assessor Sachs davon gesprochen, daß er einen anonymen Brief erhalten habe, durch den in ihm der Verdacht gegen das Ministerium des Innern noch verstärkt worden sei. — Präs.: Auffallend ist es hiernach, daß die Angaben, die v. Lützow hierbei macht, lebhaft bestritten werden und sich nun doch zum Teil als richtig erweisen. — v. Lützow: Herr v. Tausch hatte mich ja veranlaßt, den anonymen Brief zu schreiben. — Zeuge v. Tausch: Ja, der Herr Kriegsminister wollte den Herrn Kukutsch decken. Es war eine ganz harmlose Schiebung, über die der Oberstlieutenant Gaede Auskunft geben kann. — Präs.: Das ist mir nicht recht verständlich.

Verteidiger: Wie konnte Kukutsch dadurch „gedeckt" werden? Der Verdacht mußte doch nur noch mehr verstärkt werden. — Präs.: Es ließe sich vielleicht denken, daß so gethan werden sollte, als wolle man durch einen anonymen Brief auf Kukutsch hinweisen. — Zeuge v. Tausch: Jawohl, so war es. — Präs.: Es ist dies immerhin ein eigentümliches Verfahren. — Zeuge v. Tausch: Es handelte sich auch um recht eigentümliche Verhältnisse. — Der Zeuge erklärt, es sei unwahr, daß er Angst gehabt habe und ebenso unwahr sei die Darstellung des Angeklagten, wie die Quittung zu stande gekommen sei.

Schließlich fährt der Zeuge auf und frägt, ob man etwa ihn der Fälschung dieser Quittung bezichtigen wolle. Da fertigt ihn der Präsident ab: Ich bitte mir aus, nehmen Sie keinen so hohen Ton an. Sie haben nur auf meine Fragen zu antworten! Wenn ich den Vorwurf der Beteiligung oder Anstiftung zur Urkundenfälschung erheben muß aus der Gruppierung der Umstände, so sind Sie der Zeugnisverweigerung berechtigt. Ich bitte mir aus, hier im angemessenen Tone zu reden!

Angeklagter v. Lützow erklärt, daß er den Auftrag erhalten habe, bei Kukutsch diskret nach den näheren Umständen Erkundigungen darüber einzuziehen, was er davon wisse, daß ein solcher Artikel ergangen sei. Herr v. Tausch habe gesagt, er habe im Kriegsministerium erfahren, daß der Minister des Innern von der Sache wissen müsse. Er habe später erklärt, daß auch das Literarische Bureau davon wisse. Er, der Angeklagte, habe sich deshalb dem Herrn Kukutsch nähern müssen.

Präs.: Herr Zeuge, ist es schon öfter vorgekommen, daß v. Lützow Quittungen mit anderen Namen unterschrieb? — Zeuge: Nein. — Präs.: Die Quittungen müssen doch noch dort sein. Herr v. Lützow soll auch Quittungen mit dem Namen Maschke unterschrieben haben. — Zeuge: Ach ja, wenn er selbst Geld erhielt, schrieb er Maschke, bekam aber ein anderer das Geld durch ihn, dann schrieb er dessen Namen. — Verteidiger: Mein Klient bittet mich ausdrücklich, Herrn Kukutsch um Verzeihung zu bitten, daß er sich gestern unter dem Bann des Herrn v. Tausch habe hinreißen lassen, ihn dadurch zu beleidigen, daß er ihn eines Meineides für fähig hielt. — Präs. (zum Zeugen Kukutsch): Ich freue mich, daß Ihnen der Angeklagte loyalerweise diese Genugthuung giebt. — Der Zeuge v. Tausch legte noch Briefe des Angeklagten v. Lützow an ihn vor, worin der letztere allerlei von Kukutsch erzählt. v. Lützow erkennt an, daß er diese Briefe geschrieben hat, behauptet aber, daß sie bestellte Arbeit seien, Herr v. Tausch habe die Briefe haben wollen, um die einmal gesponnenen Fäden weiterzuführen und um Belege in der Hand zu haben.

Der Zeuge v. Tausch bestreitet diese Behauptungen.

Auf eine Zwischenbemerkung des Oberstaatsanwalts, daß man den jetzigen Geständnissen des v. Lützow auch nicht ohne weiteres rückhaltlos glauben dürfe, da sie doch wohl nur unter dem Eindruck der drohenden Anklage wegen Urkundenfälschung abgegeben seien, bemerkt Rechtsanwalt Lubczynski: Er könnte zeugeneidlich versichern, daß der Angeklagte v. Lützow schon bei der ersten Unterredung mit ihm gesagt habe: er wolle Herrn v. Tausch so lange halten, wie es irgend gehe, wenn es aber nicht mehr gehe, gebe er ihn preis.

Auch bezüglich der weiteren belastenden Behauptungen des v. Lützow bezeichnet Tausch die Behauptungen immer wieder als Lügen. Dazu gehört auch die Behauptung, daß ein Brief, den er an Tausch in Sachen des Artikels der „W. a. M." geschrieben, „bestellte Arbeit" gewesen sei.

Die weiteren Angaben v. Lützows über den in der „Köln. Ztg." enthaltenen Artikel seien von A bis Z unwahr. Da Angeklagter Lützow behauptet, daß Tausch ihm die Information erteilt habe, daß der Artikel von Herrn Hönig herrühre, der von dem Prinzen Alexander Hohenlohe empfangen werde, wird Prinz zu Hohenlohe vernommen, welcher erklärt, daß er Herrn Hönig nicht empfangen habe. — Rechtsanwalt Lubczynski erklärt sich wiederum zum Eide darüber bereit, daß ihm schon vor drei Tagen v. Lützow gesagt habe: die Seele der ganzen Intriguen gegen Herrn v. Marschall sei der Kommissar v. Tausch, der alle Fäden dirigiere. Herr v. Tausch habe sehr wohl gewußt, daß der Verfasser des Artikels der Herr Hauptmann a. D. Hönig sei, es aber so dargestellt habe, daß Herr v. Huhn der Autor sei, weil dieser im Auswärtigen Amt verkehre. Der Zeuge v. Tausch erklärt stereotyp alles für unwahr.

Staatssekretär v. Marschall: Es ist allerdings wunderbar, daß bis vor drei Tagen Herr v. Huhn als der Verfasser bezeichnet war und daß ich erst durch mein Schreiben an die „Köln. Ztg." den wirklichen Verfasser kennen gelernt habe, während v. Lützow, wie er jetzt angiebt, schon am 39. v. M. angegeben hat, daß Herr Hauptmann Hönig der Verfasser sei.

Rechtsanwalt Lubczynski beantragt, den Oberstleutnant Gaebe und den Hauptmann Hönig als Zeugen zu vernehmen. — Da bei einer früheren Gelegenheit auch der Zeuge v. Tausch (dem anonymen Brief) die Vernehmung des Oberstleutnants Gaebe verlangt hatte, so hat schon Frhr. v. Marschall seinen Wagen zur Verfügung gestellt, um den Zeugen Gaebe herbeizuholen.

Oberstaatsanwalt Drescher erklärt, daß heute eine so große Menge neuer Gesichtspunkte in die Beweisaufnahme hineingezogen worden seien, daß die Prozeßbeteiligten kaum in der Lage sein werden, alle Rätsel zu lösen. Man müsse doch auch dem Herrn von Tausch Gelegenheit geben, sich auf alle die Anschuldigungen, welche gegen ihn erhoben wurden, zu verteidigen. Es sei zu befürchten, daß man mit diesem Prozesse nicht zu Ende kommen würde, wenn man die neu zu erwartenden Strafprozesse gewissermaßen schon in diesem Verfahren zum Gegenstande der Beweisaufnahme mache. Darüber verliere man die Pointe dieses Prozesses. Er bedauere, daß er gegen den Angeklagten v. Lützow eine neue Anklage habe erheben müssen. Es könne sich auch fragen, ob Herr v. Tausch nicht wegen Anstiftung zur Urkundenfälschung und Anstiftung zur Beleidigung im Falle des zweiten Eulenburg-Artikels zur Verantwortung gezogen werde, und da sei es doch im Interesse der Gerechtigkeit geboten, ihm Zeit zu seiner Verteidigung zu lassen.

Der Verteidiger Lubczynski erwidert, daß er mit dem Geständnisse seines Klienten zu Ende sei und dann weitere Beweisanträge nicht stellen werde.

Auf eine Frage des Präsidenten an den Zeugen v. Tausch erwidert dieser, daß der Polizeipräsident ihm untersagt habe, den Namen des Gewährsmannes betr. die Angelegenheit von Huhn zu nennen. Darauf wird nochmals der Zeuge Oberstlieutenant Gaede vernommen. Die ganze Sache mit dem anonymen Briefe sollte gewissermaßen eine Maske, ein Kniff sein, um darauf hin bequemer Recherchen anknüpfen zu können. Am folgenden Morgen sei der Brief bereits im Besitze des Kriegsministers gewesen. Dem Zeugen sei dann später die angeblich von Kukutsch unterschriebene Quittung über 50 Mark gezeigt worden, er habe aber an der Echtheit der Unterschrift gezweifelt. Daß Herr v. Tausch bei dieser Fälschung seine Hand im Spiele gehabt, traue er ihm nicht zu.

Die nächste Verhandlung findet Montag Vormittag 9 Uhr statt.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Dezember. Graf Philipp Eulenburg unser Botschafter in Wien, hat das begreifliche Bedürfnis, Erklärungen abzugeben. Von angeblich zuständiger Seite wird dem „N. W. T." gemeldet daß der deutsche Botschafter, Graf Philipp Eulenburg den Berliner Polizeikommissar v. Tausch zufällig in Berlin in einer Gesellschaft kennen gelernt hat. Vor Beginn des Prozesses Leckert v. Lützow habe sich von Tausch brieflich mit dem Ersuchen an den Botschafter gewendet, ihm bei seiner demnächstigen Anwesenheit in Berlin eine Audienz zwecks wichtiger Mitteilungen zu gewähren. Graf Eulenburg habe höflich erwidert, daß sich vielleicht in Berlin Gelegenheit finden werde, Herrn v. Tausch zu empfangen, ein Empfang habe jedoch noch nicht stattgefunden. Schließlich wird behauptet, daß zwischen dem Grafen Eulenburg und Herrn von Tausch niemals ein Verkehr, weder direkt noch indirekt, stattgefunden.

Nun hat aber Herr von Marschall vorher mit dem Grafen Eulenburg über die ganze Angelegenheit gesprochen, und da hat merkwürdiger Weise Graf Eulenburg kein Wort von diesem Brief des Herrn v. Tausch gesagt.

Parteinachrichten.

Zum Solinger Parteistreit. In Solingen nahm eine Parteiversammlung derjenigen Genossen, welche auf dem Boden der Duisburger und der Solinger Parteibeschlüsse stehen, folgenden Antrag gegen 2 Stimmen an:

„Die heutige, sehr gut besuchte Parteiversammlung der Genossen von Solingen stellt an die Parteileitung das Ersuchen, sich baldmöglichst darüber zu äußern, ob das hiesige Parteiorgan „Berg. Arbeiterstimme" von der Parteileitung als solches anerkannt wird, und wenn ja, verlangt die Versammlung, daß die Parteileitung die Gründung des Konkurrenzblattes, der „Solinger Freien Presse", desavouiert und das Blatt als Parteiorgan nicht anerkennt, weil diese Gründung mit allen in der sozialdemokratischen Partei geltenden Grundsätzen in Widerspruch steht. Das Bureau wird beauftragt, diesen Beschluß der Parteileitung einzureichen."

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 7. Dezember.

— **Sozialdemokratischer Verein.** Die Versammlung am Sonnabend war nur schwach besucht, so daß von dem Vortrag Abstand genommen wurde. Zur Landagitation wurden dem Vorstand 200 Mk. bewilligt. Da die Versammlung die letzte im Jahre war, hielt der Vorsitzende Genosse Schreck noch eine längere Ansprache, in welcher er auf die politische Situation und die Notwendigkeit, unsere Organisation auszubauen und zu befestigen, hinwies.

— **Sammellisten** für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg sind in der Expedition der Volkswacht in Empfang zu nehmen. Wir ersuchen deshalb die Gewerkschaftsvorstände und Vertrauenspersonen, die Listen zirkulieren zu lassen. In allen Städten rüsten sich die Arbeiter, um ihren Hamburger Brüdern beizustehen. Bielefeld darf deshalb auch nicht zurückbleiben und muß entsprechend seiner Größe zur Unterstützung der Hamburger mit beitragen. Deshalb, Parteigenossen und Freunde, thue ein Jeder seine Schuldigkeit und gebe recht schnell.

— **Warnung.** Die Dienstmagd Wilhelmine Sunkel, zuletzt im Rettungshause in Schildesche untergebracht, treibt sich seit vier Wochen in Bielefeld und Umgebung umher, erschwindelt sich Kost und Logis und bestiehlt die Kostgeber. Dieselbe ist etwa 17 Jahre alt, mittelgroß, kräftig gebaut und ist bekleidet mit dunkelblauer Mütze, schwarzem Jackett und dunkelgrauem Lüsterkleid.

— **Wegen Bettelns** wurde gestern der arbeits- und obdachlose Arbeiter Johann Weiß von hier verhaftet.

Lemgo, 6. Dez. Eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung: Der Streik der Hafenarbeiter in Hamburg tagte heute Nachmittag hier im Strothmannschen Lokale. Nach einem Referat des Genossen Hoffmann Bielefeld, in welchem besonders die Frivolität der bürgerlichen Presse beleuchtet wurde, mit der diese die Ziegler durch falsche Vorspiegelungen nach Hamburg zu locken versucht, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in welcher sie sich mit den streikenden Hafenarbeitern in Hamburg solidarisch erklärt und sich verpflichtet, nach besten Kräften den Zuzug fernzuhalten.

— Die Listen und Gelder für die Landtagswahl sind schleunigst an den Kreisvertrauensmann, Genossen Auderer in Lemgo, behufs Abrechnung abzugeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik der Hafenarbeiter in Hamburg. Als Antwort auf den Uebermut der Unternehmer ist der Generalstreik proklamiert, so daß jetzt 25 000 Mann streiken und die Arbeit im Hafen ganz und gar ruht. Der Streik steht für die Arbeiter gut. Notwendig ist, daß der Zuzug ferngehalten wird und daß die Streikenden unterstützt werden.

Kirche und Schule.

Mit dem Recht der Prügelpädagogik scheint es in Braunschweig etwas weniger schlimm bestellt zu sein wie in Preußen. Das Landgericht Braunschweig hat am 20. August den Lehrer Johannes Müller aus Königslutter wegen Körperverletzung im Amte zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der zehnjährige Schüler F., welcher die Bürgerschule in Königslutter besucht, erhielt vom Lehrer einen Schlag auf die Backe. Es ist festgestellt, daß dieser Schlag laut geschallt hat, daß die Wange des Knaben gerötet war und daß sich Thränen in dessen Augen sammelten. Hiernach ist anzunehmen, heißt es in dem Urteil, daß der Schlag Schmerzensempfindung und körperliches Mißbehagen hervorgerufen hat. Nach dem in kraft bestehenden Reskripte des Konsistoriums in Wolfenbüttel ist es den Lehrern untersagt, die ihnen unterstehenden Kinder an den Kopf zu schlagen. — Die Revision des Angeklagten, welche hauptsächlich ungenügende Feststellung des subjektiven Thatbestandes rügte, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 4. Dezember. Schwurgericht. Vorsitzender: Oberlandesgerichtsrat Pellengahr aus Hamm; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Reichartz. — Angeklagt

ist der Landbriefträger Hermann Poppensieker aus Bischofshagen bei Löhne der Unterschlagung von ihm amtlich anvertrauten Geldern, indem er die Eintragung der unterschlagenen Gelder unterließ und die Postanweisungen fälschte. Der Angeklagte, der bei einem monatlichen Gehalt von 63 Mark, wovon noch sonstige amtliche Abzüge abgehalten worden sind, eine Frau und vier Kinder zu ernähren hat, ist durch die Not zur ersten Unredlichkeit getrieben worden. Das erste Loch wurde durch ein anderes verstopft und so ging es weiter auf der schiefen Ebene. Im ganzen sind etwa 100 Mk. als nicht ersetzt zu betrachten. Es werden 4 Fälle der schweren Amtsunterschlagung, 2 Fälle der schweren Urkundenfälschung und 1 Fall der einfachen Unterschlagung angenommen und der Angeklagte unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahre und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Handelsmann Oskar Jochmann zu Steinhagen, der sich wegen intellektueller Urkundenfälschung und versuchten Betruges zu verantworten hatte, wurde freigesprochen.

— Sitzung vom 5. Dez. Den Schluß der letzten diesjährigen Schwurgerichtssitzungen bildete die Verhandlung gegen den Kolon Heinrich Eickelmann aus Gehlenbeck bei Lübbecke. Derselbe war im März d. J. vom hiesigen Schwurgericht wegen Sittlichkeitsverbrechens unter Annahme mildernder Umstände zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Auf die Revision des Angeklagten hatte das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung dem hiesigen Schwurgericht überwiesen. Die Verhandlung, zu der etwa 50 Zeugen geladen, ward hinter verschlossenen Thüren geführt. Das Urteil lautete wiederum auf 1 Jahr Gefängnis.

Moderne Gerichtspraxis in Majestätsbeleidigungs-Prozessen. Referate über Majestätsbeleidigungs-Prozesse und schon mehrfach Zeitungsredakteuren, namentlich sozialdemokratischen, verhängnisvoll geworden, insofern in der objektiven Wiedergabe des Sachverhalts eine von den Redakteuren nach Ansicht der betr. Gerichte gewollte (!) neue Beleidigung erblickt wurde. Aus einem solchen Anlaß hat das Landgericht Halle a. S. am 15. September den Redakteur des „Volksblatt" für Halle, August Mannigel, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Revision wurde gestern vom Reichsgericht verworfen. — In einem gleichliegenden Falle hat das Landgericht Hannover am 4. September den Redakteur Johann Wilhelm Thielhorn freigesprochen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob heute das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Eine objektive und vollständige Berichterstattung ist der Presse in Majestätsbeleidigungsprozessen mithin nicht möglich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zu der in Gemäßheit der Bestimmungen der § 3—16 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 vorzunehmenden Wahl dreier Handelskammer-Mitglieder für die mit Ablauf der Wahlperiode 1894/1896 am 31. Dezember 1896 ausscheidenden Herren [3239

Conr. Bertelsmann-Gadderbaum,
Gustav Bertelsmann-Bielefeld,
Julius Gunst-Sudbrak.

werden die Wahlberechtigten des Kreises **Bielefeld** hierdurch auf

Dienstag, den 15. Dezember, vormittags 11 Uhr,

nach dem **Lokale der Handelskammer** hierselbst eingeladen.

Bielefeld, den 5. Dezember 1896.

Der Wahlkommissar
Conr. Bertelsmann.

Vorläufige Anzeige,

daß dieser Tage

Cirkus Schwarz

hier eintreffen wird, und [3249

im großen Saale des Herrn Wellmann, Gadderbaum, einen Cyklus von Vorstellungen geben wird. Alles Nähere durch Annoncen und Tagezettel.

Soeben ist im Verlage des „Vorwärts" erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Gewerbe-Ordnung für das Deutsche Reich

vom 21. Juni 1869

in der Fassung des Reichs-Gesetzes vom 1. Juli 1883 und unter Berücksichtigung der durch die Gesetze vom 8. Dezember 1884, 23. April 1886, 6. Juli 1887, 1. Juni 1891 und 6. August 1896 eingeführten Aenderungen.

Mit erläuternden Anmerkungen, ausführlichem Sachregister und einem die Ausführungs-Bestimmungen enthaltenden Anhang.

Fünfte Auflage. Preis 2 Mark.

Diese Neuherausgabe der Gewerbe-Ordnung wurde notwendig, weil durch die im Reichstag jüngst beschlossenen Abänderungsbestimmungen über die Konsumvereine, das Hausiergewerbe, die Detailreisenden 2c. die bisherigen Ausgaben der Gewerbe-Ordnung wertlos und unbrauchbar geworden sind. Die Preiserhöhung erklärt sich aus dem gegen die erste Auflage nahezu verdoppelten Inhalt von jetzt 27 Bogen. Diese neue Auflage ist vollständig umgearbeitet, alle bis jetzt erschienenen Verordnungen des Bundesrats über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, gesundheitsschädliche Betriebe, Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter bis auf die jüngste Verordnung betr. die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien sind vollinhaltlich aufgenommen; ein einheitliches Sachregister (statt der früher für Text und Anhang getrennten zwei) erleichtert Uebersicht und Nachschlagen. Wir können diese neue Ausgabe bestens empfehlen.

In der unterzeichneten Buchhandlung ist zu haben:

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1897.

Inhalt:

Kalendarium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen. — Geschichts-Kalender. — Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst und das Ersatzwesen (Rekrutierung, Angaben der Bestimmungen über Tauglichkeit, bedingte Tauglichkeit, dauernde Untauglichkeit u. s. w. Höchst wichtig für Rekruten). — Von den Gewerbegerichten. (Wirkungskreis, Zusammensetzung der Gewerbegerichte, Verfahren bei den Gewerbegerichten.) Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. — Auswanderungsweisen. — Die Unfallversicherung für Arbeiter im Deutschen Reich. Von Dr. Max Quarck. — Militärausgaben des deutschen Reiches seit 1872. — Stand der Reichsschulden seit 1870. — Verzinsung der Reichsschulden seit 1874. — Post-Tarif (für den inneren Verkehr Deutschlands und das Ausland). — Vergleichende Tabelle verschiedener Geschwindigkeiten. — Metermaß in Fuß, Zoll 2c. der verschiedenen Länder. — Fuß-, Zoll-, Flächen- und Kubikmaße verschiedener Länder, angegeben in Metermaß. — Gewichte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. — Multiplikations-Tabelle. — Münzwesen. — Erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Verschiedenes, Gemeinnütziges und Notizkalender.

Alles dies zu dem billigen Preise von nur 60 Pfennig.

Der „Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender" ist auch in diesem Jahre zum Preise von 60 Pfennig erschienen. Wie bei der Auswahl des Inhalts mit aller Sorgfalt verfahren wurde, so ist bei der Ausstattung (Papier, Druck und Buchbinderarbeit) das Möglichste gethan worden, um einen **guten Taschenkalender** herzustellen. Der gediegene Inhalt wird jeden Käufer befriedigen und veranlassen, ein treuer Abnehmer des Kalenders zu bleiben.

Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.

Nachweislich 10% billiger als jede Konkurrenz!

Mehrjährige schriftliche Garantie für Ware und Reparatur.

Silberne Remontoiruhren mit Goldrand 10—40 Mk. **Silberne Damenremontoir** mit 10 Steinen, Goldrand 12—30 Mk. **Goldene Damenremontoiruhren** mit 10 Steinen, gestempelt von 20—100 Mk. **Goldene Herrenremontoiruhren** mit 15 Steinen von 30—200 Mk. Blaue und schwarze **Stahluhren** 10 rubis von 10—25 Mk. **Regulateure** mit Schlagwerk von 8—30 Mk. **Wecker** und **Stubenuhren** von 2,50 Mk. an. **Musikwecker** von 6—15 Mk. **Stand-** und **Hängeuhren** von 5—100 Mk. [32[illegible]

Schmucksachen, Ringe, echt Gold massiv von 2 Mk. an. **Ketten,** echt und unecht, von 50 Pfg. bis 100 Mk. **Broschen, Ohrringe,** echt Gold, von 2 Mk. an.

Brillen, Kneifer und **Thermometer** von 50 Pfg. bis 20 Mk. **Barometer, Operngläser, Fernrohre.**

Geigen, Handharmonika von 1—30 Mk. **Konzert- und Accordzithern** von 5—60 Mk. **Mandolinen** und **Saiten** aller Art. **Mundharmonika, Occarina, Flöten** von 20 Pfg. an. **Symphonion, Celesta, Polyphon** von 5 Mk. an. **Automaten** und **Notenscheiben** jeder Art. **Musik-Album** für Photographien von 6—30 Mk. **Christbaumständer mit Musik,** 1000 Stücke spielend, **Ariston, Phönix, Dolcine, Ariosa, Helicon** von 10 Mk. an. **Spieluhren, Drehdosen** von 50 Pfg. bis 200 Mk. **Neuenrader Handharmonika** für 5 Mk.

Größte Auswahl. Reellste Behandlung.
Gute, tadellose Ware unter Garantie.

Jede Reparatur billigst, Preis wird vorher gesagt. Abzahlung und Umtausch immer gestattet. Durch Einkauf direkt von ersten Schweizer und deutschen Fabrikanten kann am billigsten verkaufen.

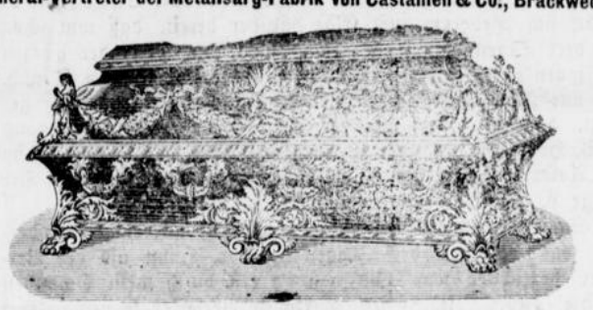
H. Heering, Uhren- u. Instrumentenmacher,
Niederstraße 38, am Niederthore.

H. Vormbrock

Rohrteichstraße 5, in der Nähe des Amtsgerichts.

Sargmagazin u. Leichenfuhrwerk

General-Vertreter der Metallsarg-Fabrik von Castanien & Co., Brackwede.



Metall-, Eichen- und Kiefern-Särge in größter Auswahl.
Großartige Auswahl in Totenwäsche, Kränzen und sonstigen Sargdekorations-Artikeln.

Ferner empfehle meine **Leichenwagen** für Erwachsene und Kinder zur gefl. Benutzung. [1587

Preise äußerst billig.

Neu erschienen:

Die Freimaurerei.

Ihre Geschichte, Thätigkeit
und innere Einrichtung
von **Joh. Hassenbach.**

Preis 40 Pfg. **Preis 40 Pfg.**

Durch die Buchhandlung der „Volkswacht" zu beziehen.

Soeben ist erschienen und halten wir den Parteigenossen zur Anschaffung empfohlen:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

abgehalten zu Gotha
vom 11. bis 16. Oktober 1896.

192 Seiten. Preis **30** Pfg. (Porto 10 Pfg.), gebunden 50 Pfg. (Porto 20 Pfg.)

Das nach stenographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Beifügung eines **ausführlichen Sachregisters** zu einem praktischen **Nachschlagebuch** gestaltet worden. Jedes in den Berichten der Parteileitung und der Fraktion erwähnte politische Ereignis, jeder in den Kongreßdebatten berührte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe festgestellt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten **Anträge zum Parteitag,** die Verhandlungen über die **Frauenfrage,** die Diskussion über die **Arbeiterschutzfrage,** die lehrreiche Debatte über **Kunst und Sozialismus** 2c. reihen das diesjährige Protokoll inhaltlich zu den bedeutungsvollsten unserer Parteitagsprotokolle.

Protokolle
über die
Verhandlungen der Parteitage
zu

Halle (1890) Erfurt (1891) Berlin (1892)
(Preis à 50 Pfennig)
Köln (1893) (40 Pfg.) Frankfurt a. M. (1894) (25 Pfg.) Breslau (1895) (30 Pfg.)

sind, soweit der Vorrat reicht, zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld.

Aufforderung.

Der unterzeichnete Pfleger ersucht, sämtliche **Forderungen** an den erkrankten **Tischlermeister Fritz Heidemann, Bürgerweg 52a,** bis **15. Dezember d. J.** einzureichen, ebenso fordert er sämtliche **Schuldner** des Genannten dringend auf, bis **spätestens 18. Dezember d. J.** ihre Rechnungen zu begleichen.

G. Klöne, Rentier,
3202 Bürgerweg 65a.

Ein anständ. junger Mann
erhält Kost und Logis 3214*
Ehlentruperweg 43.

In der Buchhandlung „Volkswacht" ist zu haben:

Der Neue Welt-Kalender

für das Jahr

1897.

Wie bekannt gediegen und reichhaltig ausgestattet.

Gratis-Beilagen:
Ein farbiges Bild: „Zündhölzer gefällig?"
und ein Wandkalender.

Preis 40 Pfennig.

Beim
Standesamt Bielefeld
sind eingetragen
vom 30. Novbr. bis 5. Dezbr. 1896:

Geburten (zusammen 30).

Söhne (21): Arbeiter Friedrich Lohweg (Zwillinge, s. Töchter), Arbeiter Hermann Steger, Arbeiter Caspar Oepke, Arbeiter Karl Bröenhorst, Schlachter Karl Lührmann, Fabrikaufseher Eduard Oldenbürger, Arbeiter Josef Mühl, Zigarrenmacher Josef Marx, Schlosser Alois Berg, Schlosser Ferdinand Hanke, Schlosser Wilhelm Obenhaus, Schlosser August Tauchert, Schuhmacher Heinrich Kipp, Maurer Oskar Rahaus (Zwillinge), Handelsmann Anton Schäfer, Tischler Gustav Castien, Arbeiter August Eggert, Arbeiter Otto Teubner, Kartonagengehilfe Wilhelm Helweg, Malermeister Hermann Höttker.

Töchter (9): Arbeiter Friedrich Lohweg (Zwillinge, s. Söhne), Arbeiter August Heienbrock, Arbeiter Wilhelm Wilker, Arbeiter Karl Otterpohl, Arbeiter August Hüllbrok, Büreaugehilfe Josef Wilmes, Büchsenmacher August Frank, Arbeiter Johann Gillat, Arbeiter Reinhard Rüter.

Todesfälle (15):

Witwe Sofie Pries, 76 J. Ehefrau Wilhelmine Obenhaus, 61 J. Arbeiterin Emma Risse, 19 J. Arbeiter Heinrich Hünerlage, 80 J. Fabrikant Rudolf Krönig, 65 J. Margarethe Willeweit, 2 J. Emil Grothe, 1 J. Paul Kramme, 4 Mon. Luise Pankoke, 2 Mon. Karl Lütgert, 2 Mon. Knabe (ohne Vornamen) Lohweg, 2 Tage. Frieda Dreskrüger, 1 J. Heinrich Siegwarth, 5 Mon. Witwe Eleonore Stücker, 85 J. Arbeiter Heinrich Hagemann, 20 J.

Aufgebote (5 Paare).

Commis Franz Schmiedinghoff und Anna Plaßmann, Dreher August Eikhoff und Johanne Stork, Arbeiter Hermann Wellenkötter und Auguste Pionkowski, Schneider August Kesper und Witwe Sofie Wiese geb. Niebuhr, Schneider Wilhelm Stankey und Witwe Friederike Reineke geb. Horstmann.

Eheschließungen (4 Paare)

Maurer Anton Schäfer und Katharina Alberding Arbeiter Ferdinand Krahn und Pauline Klei, Arbeiter Karl Menke und Friederike Knoche, Kohlenhändler Wilhelm Heidbreder und Witwe Hanne Hatienhorst geb. Oberschelp.